

Chancengleichheit für alle Kinder

10.10.2009 - MAINZ

INITIATIVE "Eine Schule für alle" stellt Konzept vor

(MH). Die öffentliche Diskussion über eine Schule "mit Perspektiven für die Zukunft aller Kinder" vorzubringen und ihre konzeptionellen Vorstellungen von einer inklusiven Schule in die Öffentlichkeit zu tragen: Darum geht es der unabhängigen rheinland-pfälzischen Initiative "Eine Schule für alle - länger gemeinsam lernen", die sich gestern in der Alten Mensa der Johannes Gutenberg-Universität gründete.

"Seit Beginn des neuen Schuljahres gibt es in Rheinland-Pfalz die ersten Realschulen plus", erklärten die neun Initiatoren um Regierungsschuldirektor Hans-Jürg Liebert, Diplom-Pädagoge Arno Rädler und Ministerialdirigent a.D. Frieder Bechberger-Derscheidt bei der Auftaktveranstaltung. "Doch auch nach dieser halbherzigen Schulstrukturänderung gibt es weiterhin ein gegliedertes Schulsystem, das viel zu früh Kinder auf nicht gleichwertige Schularten verteilt und dadurch eine für unsere Gesellschaft schädliche soziale Auslese in Kauf nimmt." Damit verpasse das Land die Gelegenheit, das Schulsystem so zu reformieren, dass es Chancengleichheit für alle Kinder realisiere und internationalen Ansprüchen gerecht werde. "Mit seiner absurd frühen Auslese der Kinder in ein vier-gegliedertes Schulsystem steht Deutschland weltweit allein da", unterstrichen die Initiatoren. Dies und der "fatal ausgeprägte Zusammenhang zwischen Schulerfolg und sozialer Herkunft" machten eine grundlegende Änderung des Schulsystems dringend notwendig.

Die Initiative fordert die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems inklusive der Förderschulen. Angestrebt wird eine Schule, in der alle behinderten und alle nicht-behinderten Kinder zusammen lernen. In den zentralen Elementen ihres Konzeptes fordert die Initiative unter anderem, für alle Kinder und Jugendliche einer Wohngegend eine gemeinsame schulische Bildung und Erziehung, die ganztägig erfolgt und zehn Jahre dauert. Die individuelle Förderung jedes Kindes soll im Vordergrund des Unterrichts stehen. Die natürliche Verschiedenheit von Kindern und Jugendlichen wird demnach als Bereicherung und Chance gesehen und dürfe "nicht als Selektionskriterium missbraucht" werden. Die Initiatoren sind sich einig, dass der Schulerfolg eines Kindes nicht von seiner sozialen Herkunft und dem Wohlstand der Eltern abhängen darf.

Zu den Erstunterzeichnern zählt neben Franz Hamburger, Professor für Sozialpädagogik an der Mainzer Uni, auch der DGB-Landesbezirksvorsitzender Dietmar Muscheid.